



08.05.2013 – 16:06 Uhr

## ikr: Pensionsversicherung Staatspersonal: Aufruf zur Sachlichkeit

Vaduz (ots/ikr) -

Angesichts der aktuellen Diskussion über die Unterfinanzierung der Pensionsversicherung des Staatspersonals (PVS) und den von der Regierung vorgelegten Sanierungsvorschlag sehen sich Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer zu einer Klarstellung veranlasst.

Bestimmte Personen versuchen derzeit Stimmung zu machen, um die vorgeschlagene Lösung der Regierung zu Fall zu bringen. Bei diesen Versuchen wird auf Mittel zurückgegriffen, welche die Staatsangestellten und übrigen bei der PVS Versicherten - konkret also die Mitarbeiter der Landesverwaltung, der Gemeinden, der LKW, der Post, der AHV/IV/FAK-Anstalten usw. aber auch die Lehrer und Kindergärtnerinnen - gezielt angreifen und verunglimpfen. Die verwendeten Begriffe wie "Beamtenkasse", "Luxusrenten" u.a. sollen die Aktiv-Versicherten und die Pensionsbezüger als reine Nutzniesser der heutigen Pensionskassenlösung darstellen, die sich auch noch am Volksvermögen bereichern wollen. Hiergegen wehrt sich Regierungschef Adrian Hasler: "Die Aktiv-Versicherten der Pensionsversicherung des Staatspersonals leisten tagtäglich hervorragende Arbeit und sie tragen an der aktuellen Situation keine Schuld. Ich lasse es nicht zu, dass diese Arbeit schlecht geredet wird!" Gleiches gelte für die Pensionisten, die teilweise ein Leben lang bei einem der angeschlossenen Betriebe gearbeitet haben.

### Ausgewogene Lösung

Bei der von der Regierung vorgeschlagenen Lösung werden die zukünftigen Renten deutlich reduziert. Die angestrebten Renten bewegen sich damit auf dem Niveau der grösseren Industriebetriebe in Liechtenstein und liegen deutlich unter dem Niveau von Finanzdienstleistern. Der Lösungsvorschlag der Regierung beinhaltet einen Leistungsverzicht der Aktiv-Versicherten von rund 200 Millionen Franken und einen Beitrag der Pensionsbezüger zum Aufbau einer Wertschwankungsreserve von rund 12 Millionen Franken während zehn Jahren. Die Darstellung, dass der Staat und damit der Steuerzahler alleine für die Lösung aufzukommen hat, entspricht nicht der Wahrheit. Richtig ist vielmehr, dass der Sanierungsvorschlag alle Betroffenen an der Lösung beteiligt.

### Bestehendes System keine Alternative

Das Ablehnen des Lösungsvorschlages der Regierung und ein Verbleib im aktuellen System ist keine tragfähige Variante. Gemäss Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer würde dann das bestehende System mit nicht finanzierten Rentenversprechen weitergeführt, die Deckungslücke stiege weiter und das Problem würde aufgeschoben aber in keiner Weise gelöst. "Wenn wir jetzt nicht den Mut zu dieser ausgewogenen Lösung aufbringen, dann verschieben wir das Problem nur auf kommende Verantwortliche. Eine solche zukünftige Lösung wird aber nur noch kostspieliger und keiner Seite Vorteile bringen.", so der Regierungschef-Stellvertreter.

### Kontakt:

Ministerium Präsidiales und Finanzen  
Markus Biedermann, Generalsekretär  
T +423 236 60 09

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100737584> abgerufen werden.